

An
die Fraktionen von CDU, LWLSPD, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, LINKE-PARTEI-Tierschutzpartei und FDP-FW
im Landschaftsverband Westfalen Lippe
Freiherr-vom-Stein-Platz 1
48147 Münster

Ausschließlich per E-Mail:
kontakt@cdu-lwl-fraktion.de
spd@lwl.org
fraktion@afd-lwl.de
gruenegeschaeftsstelle@lwl.org
dielinke@lwl.org
buero@fdp-fw-westfalen.de

11.11.2027

Sehr geehrte Fraktionsvorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren,

als Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sowie Kämmerinnen und Kämmerer der Mitgliedskommunen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe wenden wir uns mit einem gemeinsamen und überparteilichen Appell an Sie.

Die kommunalen Haushalte in Deutschland und auch in Westfalen-Lippe befinden sich in der schwersten finanziellen Krise seit Jahrzehnten. Rekorddefizite, stark steigende Sozialaufwendungen, Tarifsteigerungen, hohe Zinslasten sowie zusätzliche gesetzliche Verpflichtungen führen vielerorts zu strukturellen Haushaltsnotlagen. Die kommunalen Defizite beliefen sich bereits 2025 auf 31,9 Milliarden Euro. Zahlreiche Städte, Gemeinden und Kreise bereiten Haushaltssicherungskonzepte vor oder befinden sich bereits in entsprechenden Verfahren. Die kommunale Handlungsfähigkeit ist vielerorts akut gefährdet.

Vor diesem Hintergrund erfüllt uns die Entwicklung der Landschaftsumlage mit großer Sorge. Die Landschaftsumlage und damit die Zahllast für die Mitgliedskommunen ist in den letzten beiden Jahren 2025 und 2026 um jeweils fast 6,5% gestiegen. Auch für die Jahre 2027 ff. wird mit Steigerungen von jeweils über 5% geplant. Dies stellt eine enorme, nicht mehr tragbare finanzielle Belastung für die Umlagepflichtigen dar.

Gleichzeitig erkennen wir ausdrücklich an, dass auch der Landschaftsverband Westfalen-Lippe vor erheblichen Herausforderungen steht. Insbesondere die Entwicklung der Eingliederungshilfe und weiterer Sozialleistungen belastet den Verband nachhaltig. Ebenso begrüßen wir die gemeinsamen Bemühungen des LWL, der kommunalen Spitzenverbände sowie des Schwesterverbandes LVR gegenüber Bund und Land eine auskömmliche Finanzierung dieser Aufgaben einzufordern.

Dennoch stellen wir fest, dass die bisher vorgesehenen strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen des LWL mit einem Volumen von lediglich rund 16 Mio. Euro der Dimension der kommunalen Finanzkrise nicht ansatzweise gerecht werden. Während die Mitgliedskommunen tiefgreifende Sparprogramme, Haushaltssicherungskonzepte, Stellenreduzierungen, Wiederbesetzungssperren, Standardabsenkungen und Einschnitte in freiwillige Leistungen umsetzen müssen, bleibt der Umfang der bislang vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen beim LWL deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Die Kommunen erwarten, dass der LWL dieselben Maßstäbe an sich anlegt, die derzeit von Städten, Gemeinden und Kreisen eingefordert werden. Hierzu gehören eine konsequente Aufgaben- und Zweckkritik, die kritische Überprüfung bestehender Standards, die konsequente Nutzung von Digitalisierungs-, KI- und Automatisierungspotenzialen, eine restriktive Personalbewirtschaftung sowie die kritische Überprüfung aller freiwilligen Leistungen und Ausgabensteigerungen. Auch die weitere Veranschlagung eines hohen Globalen Minderaufwands wird erwartet. Die Konsolidierung darf nicht auf kommende Haushaltsjahre verschoben werden, sondern muss bereits mit dem Haushalt 2027 deutlich intensiviert werden.

Angesichts der außergewöhnlichen Belastungssituation der kommunalen Ebene halten wir es darüber hinaus für erforderlich, sämtliche verfügbaren Entlastungspotenziale konsequent zugunsten der Umlagezahler zu nutzen. Hierzu zählen sämtliche Verbesserungen bei den Umlagegrundlagen, die Nutzung vorhandener Rücklagen sowie eine realistische und an den tatsächlichen Entwicklungen orientierte Haushaltsplanung.

Höhere Landschaftsumlagen verringern überall die finanziellen Handlungsspielräume vor Ort und erschweren Investitionen in kommunale Infrastruktur, Bildung, Kultur, Sport und soziale Angebote.

Zugleich erwarten wir, dass gegenüber Bund und Land mit Nachdruck auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips hingewirkt wird. Dies sollte auch für bereits bestehende Gesetze gelten. Die Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben darf nicht dauerhaft zulasten der kommunalen Ebene erfolgen. Zusätzliche Aufgaben müssen mit einer auskömmlichen Finanzierung einhergehen.

Wir appellieren daher an Sie,

- den begonnenen Konsolidierungskurs konsequent fortzuführen,
- sämtliche Verbesserungen bei den Umlagegrundlagen vollständig an die Umlagezahler weiterzugeben,
- zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen umzusetzen,
- strukturelle Reformen und Effizienzsteigerungen voranzutreiben,
- vorhandene Entlastungspotenziale einschließlich verfügbarer Rücklagen konsequent zugunsten der Mitgliedskommunen zu nutzen und

- den Hebesatz der Landschaftsumlage 2027 deutlich unter die bislang diskutierten Werte abzusenken und auf einem stabilen Niveau in der Mittefristplanung zu halten.

Die kommunale Selbstverwaltung lebt von handlungsfähigen Städten, Gemeinden und Kreisen. Die kommunale Familie kann die gegenwärtigen Herausforderungen nur gemeinsam bewältigen. Dafür braucht es jetzt Entscheidungen, die den Landschaftsverband und seine Mitgliedskörperschaften gleichermaßen in die Verantwortung nehmen.

Wir bitten Sie deshalb eindringlich, die verbleibende Zeit bis zur Verabschiedung des Haushalts zu nutzen, um zu einer spürbaren weiteren Entlastung der umlagepflichtigen Kommunen beizutragen.

Alexander Kalouti
Oberbürgermeister
Stadt Dortmund

Thorsten Bunte
Stadtkämmerer
Stadt Dortmund

Dennis Rehbein
Oberbürgermeister
Stadt Hagen

Bernd Maßmann
Stadtkämmerer
Stadt Hagen

Dr. Frank Dudda
Oberbürgermeister
Stadt Herne

Marc Alexander Ulrich
Stadtkämmerer
Stadt Herne

Tilman Fuchs
Oberbürgermeister
Stadt Münster

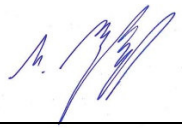
Christine Zeller
Stadtdirektorin und Kämmerin
Stadt Münster



Dr. Christiana Bauer
Oberbürgermeisterin
Stadt Bielefeld



Rainer Kaschel
Stadtkämmerer
Stadt Bielefeld



Matthias Buschfeld
Oberbürgermeister
Stadt Bottrop



Jochen Brunnhofer
Stadtkämmerer
Stadt Bottrop



Andrea Henze
Oberbürgermeisterin
Stadt Gelsenkirchen



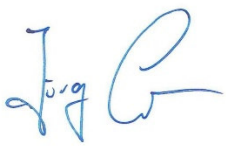
Daniel Schweihoff
Stadtdirektor und Kämmerer
Stadt Gelsenkirchen



Marc Herter
Oberbürgermeister
Stadt Hamm



Markus Kreuz
Stadtkämmerer
Stadt Hamm



Jörg Lukat
Oberbürgermeister
Stadt Bochum



Dr. Eva Maria Hubbert
Stadtdirektorin und Kämmerin
Stadt Bochum